

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Kleinste Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierteljährlich 2 Mk. ohne Zustragen. — Einzelne Nummern 20 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindevorstands-Konto Nr. 3. — Postkassenkonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die sechsgelaltene Pettizelle 50 Pfg., außerhalb der Amtshauptmannschaft 75 Pfg., im amtlichen Teil (nur von Behörden) die Zeile 200 Pfg. — Einzelblatt und Reklamen 200 Pfg.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 10

Donnerstag den 13. Januar 1921

87. Jahrgang

Brennspiritus-Marken

(Buchstaben L—R) werden Donnerstag, den 13. d. M., vormittags von 11 bis 12 Uhr im Rathaus, Zimmer Nr. 14, ausgegeben.
Stadtrat Dippoldiswalde.

Freitag den 14. Januar 1921 abends 8 Uhr

Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten zu Dippoldiswalde

Tagesordnung hängt im Rathaus aus.

Vertilgung der Obstbaumschädlinge.

Die geforderten Anzeigen über die vorhandenen Obstbäume sind noch nicht von allen Besitzern und Pächtern erstattet worden. Es wird deshalb an die umgehende Meldung in der Polizeiwache nochmals erinnert.
Dippoldiswalde, am 12. Januar 1921.
Der Stadtrat.

Formulare und andere Druckfachen f. Gemeindevorstände und andere Behörden liefert in zweifachsprachiger Ausführung die Buchdruckerei Carl Jehne, Dippoldiswalde.

Oertliches und Sächsisches.

Dippoldiswalde. Tagesordnung zur 2. Sitzung der Stadtverordneten zu Dippoldiswalde Freitag den 14. Januar 1921, abends 8 Uhr. a) Öffentliche Sitzung: Bericht über die Bewerlung städtischer Grundbesitzes (Fluren, Gärten, Obstanlagen und Forsten) — Verteilung der Bürgermeister-Stiftungsgelder. — Verteilung der Kaiser-Wilhelm-Jubiläum-Stiftungsgelder. — Vertrag mit der Schützengesellschaft über den Kaufbau der Jahrmarktsbuden. — Strompreiserhöhungen. — Dienstanweisung für den Schularzt. — Anstellung einer hauptamtlichen Lehrkraft für die Handelsschule. — b) Nichtöffentliche Sitzung.

— Vor 50 Jahren. Ein Bericht der „Weißeritz-Ztg.“ über das Schulwesen unserer Stadt meldet damals, daß die städtischen Kollegien beschlossen hätten, das Schulgeld abzuheben, wogegen aber die Kreis-Direktion Bedenken erhoben habe, die man zu zerstreuen hoffte. Verrentet sollte jährlich 60 Taler an die Schulkasse abfließen. Die Schülerzahl betrug 556. — In der Stadtverordnetenversammlung vom 17. Febr. wurde dann der ablehende Beschluß des Ministeriums bekanntgegeben. Man bedauerte ihn, berührte sich aber dabei, und das Schulgeld wurde weiter erhoben.

— Die unerreglichen Tadellosen-Vereinsstunden finden statt: in Altenberg, Seiling und Bauenstein: jeden 1. und 3. Dienstag im Monat vormittags im Anschluß an die ärztlichen Sprechstunden der Herren Ärzte Dr. Burckhardt, v. Dieskau, Dr. Hausmann; in Glaschütz: jeden Tag während der Sprechstunden der Herren Ärzte Dr. Tribüneil, Dr. Hellner; in Seifersdorf: jeden 1. und 3. Dienstag im Monat nachmittags von 2—3 Uhr während der Sprechstunden des Herrn Dr. Niebold (Villa Waldesruh/Gemeindegelände); in Frauenstein: jeden 1. und 3. Donnerstag im Monat vormittags 10 Uhr im Anschluß an die Sprechstunden des Herrn Dr. Wartschke; in Pörschendorf: jeden 2. und 4. Freitag im Monat nachmittags während der Sprechstunden des Herrn Dr. Voßl.

— Der Konsumverein „Vorwärts“, der jetzt 81582 Mitglieder zählt, hatte im Dezember einen Umsatz von 19850953 Mark.

Dippoldiswalde. Der Vorstand der Allg. Krankenkasse Dippoldiswalde nahm in ihrer gestern Abend abgehaltenen Sitzung Herrn E. W. Adam, bisher Kassierer der Landrenten-Kasse Dippoldiswalde-Land zum Kassierer und Herrn Hans Büro Schreiber, bisher stellvertretender Kassierer zum zweiten Kassierern. Die Kassiererräume werden in wenigen Wochen, nach Fertigstellung des Umbaus in die ehemaligen städtischen Wickelräume an der Hospitalstraße neben dem Krankehaus verlegt werden.

— Der land- und forstwirtschaftliche Arbeitsgeberverband im Bezirke der Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde (e. V.) hält am Dienstag den 18. Januar nachmittags 1/4 Uhr im hiesigen Schützenhaus seine diesjährige Hauptversammlung ab. Auf der Tagesordnung steht außer der Erlebung innerer Vereinsangelegenheiten ein Vortrag des Reichstagsabgeordneten Gustav Domsch-Großhartmannsdorf über „die Landwirtschaft und ihre gegenwärtige Lage“.

Hausdorf. Wir weisen unsere Leser auf die Anzeiger der Hausdorfer Schule in heutiger Nummer hin. Die Auswahl der Darstellungen verspricht einen genussreichen Abend.

Dresden. Der Landtag beschloß sich in der Dienstag-Sitzung wiederum mit Erwerbslosenfragen und zwar auf Grund einiger kommunistischer Anträge. Da die Kommunisten wiederum die Erwerbslosen zu Demonstrationen aufgerufen hatten, war das Landtagsgebäude in weitem Umfange durch ein sehr hartes Polizeiaufgebot, zu dem auch eine Abteilung Berliner gehörten, abgesperrt. Die Landtags-Verhandlungen verliefen weit ruhiger, als die vom vorigen Donnerstag. Die Kommunisten beantragten zunächst, die Polizei zurückzuziehen, welchem Antrag der Präsident nachwiderstand. Auch der Ministerpräsident betonte, daß der Minister des Innern mit Einverständnis der Regierung die notwendigen Maßnahmen zum Schutze des Landtages getroffen habe. Der Minister des Innern Ripstein aber schloß dann die Ausführungen des Ministerpräsi-

denten dahin ein, daß er einer Abordnung der Erwerbslosen zugestanden habe, daß diese sich auf dem Theaterplatz, also innerhalb des besetzten Bannkreises aufhalten dürfe. — Das Haus trat dann in die Beratung der Tagesordnung ein, wobei von kommunistischer Seite, erhebtlich abgedämpft gegenüber den Reden vom vorigen Donnerstag, die Not der Erwerbslosen für die Sache der Partei auszunutzen versucht wurde. Der kommunistische Redner stellte die Behauptung auf, daß den Erwerbslosen nichts weiter übrig bliebe, als Verbrechen oder Selbstmord zu begehen. Die Redner der Mehrheitssozialdemokraten und der Unabhängigen wandten sich zwar gegen die kommunistischen Anträge, weil deren Durchführbarkeit nur durch das Reich möglich ist, versuchten aber im übrigen, die Konkurrenz mit den Kommunisten aufzunehmen, indem sie sich lebhaft gegen die bürgerlichen Parteien wandten und denen alle Schuld an der Not der Erwerbslosen zuschoben. Das Gleiche tat der Arbeitsminister Jandl, der eine Versammlungsrede ärgerster Art hielt, wie sie bisher von einem Regierungsplatze aus noch nicht zu hören war. — Der Deutschnationale Abg. Bauer erklärte, daß seine Partei die kommunistischen Anträge ablehne, weil sie über die Zuständigkeit des Landtages hinausgehen, erklärte aber, daß seine Partei die Regierung dringend ersuchen müsse, durch Schaffung von Arbeitsgelegenheiten der Not der Erwerbslosen zu steuern und dahin zu wirken, daß den besonders schwierigen Verhältnissen in Sachsen von reichswegen in entsprechendem Maße Rechnung getragen werde. Im gleichen Sinne sprach der Redner der Deutschen Volkspartei, Abg. Dr. Hübischmann und der Demokrat Dr. Meinhold. Nach Ausführungen des Abg. Granz (Rom.), die mehrfach von schallender Heiterkeit unterbrochen wurden, und einem Schlußwort der Abg. Stewerl (Rom.) wurden sämtliche Anträge dem Haushaltsausschuß B überwiesen. Bei der Beratung des kommunistischen Antrag über Wiedereinstellung der entlassenen Arbeiter in die Waggonfabrik Werbau teilte der Regierungsvertreter grobe Verhöhnungen der ausgeschlossenen Arbeiter mit, deren Ausschließung von Meistern und Angestellten gefordert worden sei. Der Antrag wurde mit den Stimmen der bürgerlichen Abgeordneten. Die Mehrheitssozialisten stimmten trotz den Ausführungen des ihrer Partei angehörenden Regierungsvertreters für den Antrag. Nächste Sitzung: Mittwoch den 12. Januar mittags 1 Uhr. Tagesordnung: Anträge die Aufhebung des Staatsvertrages zwischen Sachsen und Preußen betreffend, weitere Verlängerung der Wahldauer der Mitglieder des Landesparlamentes, Zuständigkeit des Vormundschaftsgerichtes.

— Die Kommunisten hatten auch am Dienstag wieder die Erwerbslosen von Großdresden zu Demonstrationen aufgerufen, die der Beratung der kommunistischen Anträge auf Erweiterung der Erwerbslosenunterstützung den nötigen Nachdruck geben sollten. Das Landtagsgebäude war in großem Umfange abgesperrt. Den Demonstranten gelang es an einer Stelle durchzubrechen und auf den Theaterplatz zu ziehen. Gegen diese Demonstranten mußte im Laufe des Nachmittags ein Zug bewaffneter Polizei eingesetzt werden, weil die Demonstranten einen Revolverbeamten entworfen und verprügelt hatten. Im allgemeinen vermehrte das Aufgebot von Polizei die Demonstranten vollständig in Schach zu halten, so daß es nirgends zu weiteren Zusammenstößen kam.

— Die Zahl der Erwerbslosen in Sachsen betrug am 15. Dezember 69019 männliche und 26891 weibliche Erwerbslose, zusammen 95910. Dazu kommen noch an Zuschlagempfindlichen 93164. Der Aufwand für Erwerbslosenunterstützung betrug in der Zeit vom 16. bis 31. Dezember 12400000 M.

— Vom vergangenen Montag an ist der Dresdner Kassenkeller, der bekanntlich der Stadt Dresden hunderttausende abwirft, von vormittags 1/2 Uhr an bis nachts 1/2 Uhr wieder ununterbrochen geöffnet. Bekanntlich war der Konsum im Kassenkeller so stark geworden, daß die Stadt beschloß, um einer vorzeitigen Aufzehrung der Weinbestände vorzubeugen, den Keller vom frühen Nachmittag an bis 7 Uhr abends zu schließen. Neuerdings hat der Besuch im Kassen-

Rattenvertilgung.

Auf Grund der Bekanntmachung des Wirtschaftsausschusses vom 10. 12. 1920 wird für den Bereich der Stadt Dippoldiswalde für den 15. Januar 1921 eine allgemeine Rattenvertilgung angeordnet. Die Vertilgung hat mittels Phosphorlatwergo (Rattokal) zu erfolgen. Im städtischen Schloßneue wird die angeordnete Vertilgung durch städt. Arbeiter durchgeführt werden.

Die Eigentümer aller bebauten Grundstücke und aller Grundstücke, in denen Tiere gehalten werden, werden zur Vermeidung einer Geldstrafe von 30 M. für jeden Unterlassungsfall verpflichtet, an geeigneter Stelle (in Schuppen, Kisten und Abfallgruben, alten Mauerwerk und dergl.) am 15. Januar d. J. Phosphorlatwergo (Rattokal) aufzustellen. Die Latwerge ist auf Brot, gefochte Kartoffeln, gefochte Rübenabfälle, Hering oder Pötlung, im Notfall auf Holzstäbchen aufzustreichen, welche jedoch zur Verhütung des Herablaufens der Latwerge wagerecht angenagelt werden müssen. Die aufgestrichene Latwerge ist mit etwas Mehl zu bestreuen.

Es sind zu bestehen durch die Apotheke Dippoldiswalde für Grundst. der Gruppe I (kleinere Grundst.) 60 g à 1 M. 70 Pfg., für Grundst. der Gruppe II (mittlere Grundst.) 160 g à 3 M. 40 Pfg., für Grundst. der Gruppe III (größere Grundst. und Wirtschaften) 225 g à 4 M. 20 Pfg., für Grundst. der Gruppe IV (größere Grundst.) 305 g à 5 M. 80 Pfg. Freigabescheine sind gegen sofortige Bezahlung des Bezugspreises

am 14. Januar 1921 vormittags von 10—12 Uhr im Rathaus, Zimmer II, zu lösen.

Hausbesitzer, die sich dieser Anordnung trotz der andgedrohten Geldstrafe nicht unterwerfen, erhalten die Latwerge durch städt. Arbeiter zugestellt. Hierfür wird ein Prozentsatz von 50% gefordert.

Nicht verbrauchte Ueberreste des bezogenen Giftes sind am 16. Januar 1921 abends zwischen 5 und 6 Uhr im Bauhuppen — Schützengasse — an Straßenmeister Ronger abzugeben, auch kann „Rattokal“, wenn das zugeordnete Quantum nicht ausreicht sollte, nachbezogen werden.

Bei der Durchführung der angeordneten Vertilgungsmaßnahmen ist mit aller erforderlichen Sorgfalt zu verfahren.
Dippoldiswalde, am 12. 1. 1921. Der Stadtrat.

weinkeller unter dem Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse nachgelassen, so daß die oben gedruckte Befürchtung nicht mehr zutrifft. An Sonn- und Feiertagen aber bleibt der Keller trotz dem Wunsche des Ratsdeputierten für den Kassenkeller auch weiterhin geschlossen, da die städtischen Weine nicht den auswärtigen Besuchern, die erfahrungsgemäß an diesen Tagen den Keller gefüllt haben, zugute kommen sollen.

Leipzig. Der Bahnhofsvorsteher des Bahnhofs Thelma bei Leipzig und ein Eisenbahnarbeiter wurden verhaftet. Sie sollen in die seit längerer Zeit verbotenen Diebstähle verwickelt sein. Auf dem Bahnhof sind u. a. 400 Eier Branntwein, ein größerer Posten Tuch und eine Sendung Wein verschwunden. Die Angelegenheit dürfte noch weitere Verhaftungen nach sich ziehen.

— In Leipzig amtiert jetzt ein weiblicher Referendar, der zweite in Sachsen.

Rehbach bei Plauen. Beim Hiesigen Bäckermeister Dressel drangen letztes abends in der 6. Stunde drei unbekannte in den Laden ein und raubten unter Bedrohung des mit ihrem 11jährigen Tochter anwesenden Bäckerweibes aus der Kassenkassette 400 M. Barggeld. Die streifen Burken sind unerkannt verschwunden.

Amerika zieht sich zurück.

Eintritt Amerikas aus dem Obersten Rat.

Nach einer Meldung aus Washington hat der amerikanische Botschafter in Paris Wallace die Anwesenheit erhalten, dem französischen Ministerpräsidenten Begues als Vorsitzenden der bevorstehenden Pariser Konferenz des Obersten Rates mitzuteilen, daß die amerikanische Regierung aus dem Obersten Rat ausscheiden und sich bei der Pariser Konferenz nicht mehr vertreten lassen werde.

Die amerikanische Regierung ist der Ansicht, daß sie nach den Wahlen, die gegen sie ausgefallen sind, nicht mehr die Verantwortung für dauernde politische Entschlüsse im Zusammenhang mit den europäischen und Friedensfragen übernehmen könne. Dagegen werde Amerika seinen Platz im Wiedergutmachungsausschuß und in der Rheinlandkommission nach wie vor beibehalten, so daß es bei den Entscheidungen über Durchführung des Abkommens von Spa (Entwaffnungsfrage usw.) mitprechen könne.

Der jüngste Schritt der amerikanischen Regierung steht im Zusammenhang mit den Bemühungen der französischen Regierung, sich des Einverständnisses Amerikas für den Fall einer Besetzung des Ruhrgebiets zu verschaffen. Wie erinnert, ist bereits auf der Friedenskonferenz in Paris zwischen Wilson und Clemenceau ein heftiger Streit um die dauernde Besetzung des linken Rheinuferes entbrannt. Nur die Drohung Wilsons, sich gänzlich von den Friedensverhandlungen zurückzuziehen und Frankreich, Italien und England militärisch, wirtschaftlich und politisch ihrem Schicksal zu überlassen, hat Clemenceau veranlaßt, sich mit einer befristeten Besetzung des Rheinlandes vorläufig zufrieden zu geben.

Frankreich hat jedoch auf seine Rheinpläne keineswegs verzichtet. Nach Wilsons Wahlniederlage hoffte man jetzt seinen Nachfolger Harding für die imperialistische Politik Frankreichs in Europa gewinnen zu können. In einer offiziellen Mitteilung an die Vereinigten Staaten hat die französische Regierung neuerdings die Behauptung aufgestellt, Deutschland verleihe den Friedensvertrag böswillig und komme den einzelnen Verpflichtungen nicht nach. Gleichzeitig erkundigte man sich, wie die amerikanische Regierung sich zu etwaigen Strafmaßnahmen stellen würde.

In Washington hat man, wie die „New York Times“ schreibt, den Bericht aufmerksam geprüft und Grund zu der Annahme gefunden, daß eine derartige Behauptung nur den schlecht verhehlten französischen Wunsch nach Besetzung der Rheinprovinz verberge. Die amerikanische Regierung würde die Ausführung eines solchen Planes voller Unruhe verfolgen und nicht verfehlen, einzugreifen, falls Frankreich ohne Grund gegen Deutschland vorgehen sollte.

Um die Verantwortung für geplante französische Strafmaßnahmen gegenüber Deutschland abzulehnen und sich für alle Fälle freie Hand in den europäischen Angelegenheiten zu sichern, hat die amerikanische Regierung sich jetzt endgültig aus dem Obersten Rat zurückgezogen. Die jetzt noch verbleibenden amerikanischen Vertreter im Wiedergutmachungsausschuß und in der Rheinlandkommission werden zweifellos auch abberufen werden, wenn man Deutschland durch Besetzung neuer Gebiete zur Anerkennung neuer, unerfüllbarer Wiedergutmachungs-Verpflichtungen zwingen wollte.

Neue Eisenbahnerkrise.

„Völlig unzureichende Zugleistungen.“

Die Vereinbarungen zwischen der Regierung und dem Sechzehnerausschuß der Eisenbahnerverbände haben in den Kreisen der Eisenbahner eine äußerst ungünstige Aufnahme gefunden. Fast in sämtlichen Direktionsbezirken haben Protestaktionen eingesetzt, so daß die vier großen Eisenbahnerorganisationen sich wohl kaum zur endgültigen Annahme des mit der Regierung getroffenen Abkommens entschließen dürften.

Bisher hat erst der erweiterte Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes in zweitägiger Beratung zu dem durch den Sechzehner-Ausschuß und die Regierung zustande gekommenen Verhandlungsergebnis Stellung genommen. Wie von beteiligter Seite mitgeteilt wird, veranlaßten die völlig unzureichenden Zugleistungen und die auf der Eisenbahnerorganisation lastende große Verantwortung den erweiterten Vorstand, vor der endgültigen Beschlussfassung erst noch entsprechende Schritte zur völligen Klärung der Sachlage zu unternehmen. Der Beschluß steht demnach noch aus.

Eine Sonderaktion der Eisenbahner des Westens.

Die Eisenbahner des rheinisch-westfälischen Industriegebietes sind mit dem Angebot des Reichsverkehrsministeriums nicht zufrieden und wollen sich bei den bisher gemachten Zugleistungsergebnissen nicht beruhigen. Der Eisenbahner-Aktionsausschuß der vier großen Eisenbahnerverbände erklärt in einem Telegramm dem Eisenbahnerausschuß in Berlin, daß die bisherigen Verhandlungen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet die größten Aufregungen hervorgerufen haben. Er warnt deshalb, das Abkommen abzuschließen. Die Folgen wären unabsehbar. Die Eisenbahner des Westens seien nicht gewillt, sich damit zufrieden zu geben. Eine Sonderaktion stehe in Aussicht.

Die Regierung und die Beamtenforderungen.

Das Reichskabinett hat sich in seiner letzten Sitzung mit der Frage einer Erhöhung der Teuerungszuschläge für die Beamten und Arbeiter des Reiches beschäftigt. Dem Wunsche der in Bamberg tagenden Konferenz der Finanzminister der Länder, vor endgültiger Stellungnahme gehört zu werden, wird in einer auf Mittwoch anberaumten Sitzung Rechnung getragen werden. Das Kabinett hat gleichzeitig die Frage der Beschaffung neuer Mittel zur Beseitigung der bereits jetzt im ordentlichen Haushalt sich ergebenden Fehlbeträge, die durch die Erhöhung der Teuerungszuschläge eine weitere Steigerung erfahren werden, zum Gegenstande einer eingehenden Erörterung gemacht. Es wurde die Notwendigkeit festgestellt, über diese Frage

eine grundsätzliche Stellungnahme der gesetzgebenden Körperschaften in Verbindung mit der Entscheidung über die Bewilligung der Teuerungszuschläge herbeizuführen.

Beginn der Entwaffnungskonferenz.

Churchill in Paris.

Der englische Feldmarschall Wilson ist in Paris zu Besprechungen mit Hoch eingetroffen. Auch der Kriegsminister Winston Churchill weilt seit einigen Tagen in der französischen Hauptstadt. Damit haben die Untersuchungen bzw. Nachprüfungen hinsichtlich der deutschen Abrüstungen und die entscheidenden Verhandlungen in der Abrüstungsfrage begonnen. Die Beratungen Wilsons und Hochs gelten zweifellos der Entwaffnungsfrage, über die Hoch bekanntlich ein Gutachten verfaßt hat, das er vor dem Obersten Rat erläutern will. Nach holländischen Meldungen soll auf französischer Seite bereits ein genau umschriebener Plan vorhanden sein, um die Entwaffnung durchzuführen. Wie aus Paris gemeldet wird, soll es noch nicht ganz sicher sein, daß Lloyd George selbst zur Konferenz fahren wird. Er wird sich voraussichtlich durch Lord Curzon oder Churchill vertreten lassen. Italien wird vermutlich nur durch Graf Sforza vertreten sein. Man rechnet mit mehrwöchigen internen Verhandlungen zwischen den englischen und französischen Regierungsmitgliedern.

Das Ergebnis der Entwaffnung.

Nach Mitteilung des Reichskommissars für die Entwaffnung ist das Ergebnis der freiwillig abgelieferten, angekauften, beschlagnahmten und angemeldeten Waffen nach dem Stande vom 10. Januar: 962 Gewehre, 1000 Minenwerfer, 18067 Maschinengewehre, 1680 Minenpistolen, 2201 584 Gewehre und Karabiner, 78 325 Revolver und Pistolen, 85 616 Handgranaten, 3553 Geschützte, 245 857 Maschinengewehrteile, 312 905 Gewehrteile, 46 241 899 St. Handfeuerwaffen-Munition. — Von den angemeldeten Waffen der Organisationen sind 215 559 Gewehre bereits eingezogen. Durchsuchungen haben bisher in 1086 Städten, Landgemeinden und Gutsbezirken stattgefunden. Das Einziehen der Organisationswaffen und die Durchsuchungen werden planmäßig fortgesetzt.

Eröffnung des deutschen Luftverkehrs.

Die Botschafterkonferenz hat, wie neuerdings bekannt wird, am 15. Dezember v. J. einen Beschluß über die Flugpläne im Rheinland und in der neutralen Zone gefaßt, aus dem klar und deutlich hervorgeht, daß nach Ansicht der Alliierten der deutsche Flugzeugbau und zivile Luftverkehr zur Zeit immer noch verboten ist.

In der Entscheidung der Botschafterkonferenz wird u. a. bestimmt, daß, wenn die Herstellung von Flugapparaten wieder in Deutschland aufgenommen ist, und solange Deutschland noch nicht die Luftkonvention von 1919 oder in den Völkerbund aufgenommen ist, das Ueberfliegen des Rheinlandes und der besetzten Gebiete untersagt ist. Sobald Deutschland der Konvention oder dem Völkerbund beigetreten ist, dürfen die deutschen Flugzeuge diese Gebiete überfliegen. Flüge dürfen im Rheinland nicht eingeleitet werden, wenn die Entente-Truppen aus dem besetzten Gebiet zurückgezogen sind. Feste Plätze dürfen niemals unterhalten werden.

Das Ueberfliegen der neutralen Zone wird der deutschen zivilen Luftflotte gestattet sein, sobald es eine solche wieder gibt. Gemäß dem Friedensvertrag darf niemals eine feste Einrichtung in der neutralen Zone geschaffen werden.

Dreientag der Deutschen Volkspartei.

„Rein Partieren mit der Sozialdemokratie.“

Am zweiten Verhandlungstage des Dreientages verbreitete sich der Oberpräsident a. D. Dr. v. Klotter über „Allgemeine preussische Politik“. Er lehnte jedes Partieren mit der Sozialdemokratie in wirtschaftlicher Beziehung ab. Die Deutsche Volkspartei ist gegen eine Sozialisierung, sofern sie nicht die Produktion steigert, ebenso gegen jede Kommunalisierung. Im Zusammenarbeiten mit der Sozialdemokratie untereinander die Deutsche Volkspartei sich von den Demokraten dadurch, daß sie alle Elemente, die an dem Wiederaufbau mitarbeiten wollen, heranziehen wissen wolle, und daß sie sich dabei nicht auf eine einseitige Parteilichkeit festlege. Die Sozialdemokratie darf aber nicht ihren Anspruch auf Vorkherrschaft erheben.

Hierauf sprach Abg. Frau Garnich über die Frauen in der Politik. Unter häuslichem Beschall der Versammlung gedachte die Rednerin hierbei der Königin Luise und der Kaiserin, denen die Frauen der Deutschen Volkspartei immer Treue und Liebe bewahrt hätten.

Ueber „Verfassung und Wirtschaft“

Er begann mit einem flammenden Protest gegen den Versailles Frieden, der aller Kultur Söhn spreche. In einer Zeit, so sagte der Redner, in der unser jenseitiges Wirtschaftsleben in Fesseln geschlagen wird durch diesen Frieden, müssen alle Sozialisierungsbestrebungen, alle wirtschaftlichen Experimente auf das allerentschiedenste abgelehnt werden. Schlimmer noch als den Arbeitern, die in vielen Fällen durch Lohnherbungen fast auf den Stand von 1914 gekommen sind, jetzt es dem Mittelstande, in dem sich sehr viele Kräfte abspielen. Wir müssen uns der allerdings unanziehenden Aufgabe mit aller Kraft widmen, einen Ausgleich zwischen den verschiedenen Interessen anzubahnen. Besonders dem Mittelstand und den kleineren Gewerbetreibenden muß Hilfe zuteil werden.

Der Redner schloß mit einem unter großem Beifall aufgenommenen Trugschluß an das Hohenzollerngeschlecht, das so hervorragende Repräsentanten habe wie den Kisten Fritz und Kaiser Wilhelm I. Die Versammelten erhoben sich und sangen das Preußenlied.

Der Wahlausruf der Deutschen Volkspartei.

Nach dem Referate wurde in die Besprechung des vom Generalsekretär vorgelegten Wahlausrufes eingetreten. Der Wahlausruf der Deutschen Volkspartei, „Preußen in Not!“ überschrieben, wendet sich zunächst gegen die sozialdemokratische Wirtschaft, die Autorität und Gesetz zerrütze. Der kleinrentliche Partikularismus wolle Preußen zertrümmern. Preußen Mission sei noch nicht erfüllt. Preußen und Deutschland seien eins. Für beide sei der 20. Februar der Schicksalstag. Für Deutschland kämpfe, wer für Preußen Einheit und Stärke kämpfe.

Nach längerer Debatte wurde der Ausruf einstimmig angenommen. Mit einem dreifachen Hoch auf Preußen und Deutschland wurde alsdann der Preußenstag geschlossen.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 12. Januar 1921.

— Reichskanzler Dr. Konstantin Fehrenbach ist am 11. Januar 69 Jahre alt geworden.

— Der bisherige Generaldirektor Heinen vom Norddeutschen Lloyd wird als zukünftiger deutscher Botschafter in Washington genannt.

— Der portugiesische Gesandte Lambertino Pinto in Berlin ist nach kurzer Krankheit gestorben.

— Die Frist für die Genehmigung der gemeindlichen Bußsteuer zur Einkommensteuer für das Jahr 1920 ist von dem Finanzminister bis zum 31. Januar 1921 verlängert worden.

— Der Reichstagsausschuß für auswärtige Angelegenheiten ist am Dienstag zusammengetreten, um die vor dem Reichstag unterbrochene Beratung über die Entwaffnungsfrage sowie über die obersteinstellende Frage fortzusetzen.

— In Köln ist am 10. Januar ein Parteitag der rheinischen Zentrumskreise zusammengetreten, der sich vornehmlich mit der Rheinlandsfrage beschäftigte.

— Die deutsche Regierung hat das Angebot der französischen Regierung, den Eltern des gelegentlich einer Tanzbelustigung in Angelnheim getöteten Mädchens aus Frankreich a. M. 25 000 Franken Schadenersatz zu zahlen, als ungenügenden Schadenersatz abgewiesen.

Die Brüsseler Konferenz. Unter dem Vorsitz des Außenministers Dr. Simons finden in Berlin zur Zeit Beratungen für Brüssel statt. Den Erörterungen liegen neue, aus Paris eingetroffene Vorschläge der französischen Regierung in der Wiedergutmachungsfrage zugrunde, die schon dadurch von Bedeutung waren, daß in ihnen zum ersten Male von einer aktiven Beteiligung Deutscher am Wiederaufbau Frankreichs die Rede ist. Auch sonst sind diese Vorschläge, der „Post“ zufolge, höchst beachtenswert, und man scheint in den deutschen Industrie-Kreisen anzunehmen, daß sie eine geeignete Grundlage für Verhandlungen der Wirtschaftler Deutschlands und Frankreichs bieten werden. An den bevorstehenden Verhandlungen über die industrielle Organisation der deutschen Lieferungen werden nun auch Vertreter der deutschen Industrie teilnehmen. Die deutsche Regierung hat den Alliierten vorgeschlagen, daß neben den Herren Staatssekretär Bergmann und Reichsbankpräsident Habenstein die vom Reichverband der deutschen Industrie benannten Herren Generaldirektor Boegeler und Kommerzienrat Loedner als deutsche Delegierte bei den weiteren Verhandlungen teilnehmen.

Die Chicago Tribune meldet, ist man in der Lage, den Bericht des Marschalls Hoch an den Vorkriegsminister über die Entwaffnung Deutschlands in der Luftwaffenfrage zu geben. Der Bericht beginnt mit der Feststellung, daß die Tätigkeit der Deutschen auf dem Gebiete der Luftwaffen wieder begonnen habe und daß die deutsche Regierung das Verbot, keine Luftwaffen mehr zu behalten, umgehe. Den Alliierten wären viele Maschinen übergeben worden, so 26 823 Flugzeugmotoren, 6 Luftfahrzeuge, 1 Wasserflugzeug neuester Konstruktion. Die deutsche Regierung habe aber beträchtliche Mengen an Flugzeugmaterial entdeckt. Die deutsche Regierung selber habe das Vorhandensein versteckten Materials anerkannt und dann erklärt, daß sie ein neues Gesetz herausgeben würde, um ihren Verpflichtungen nachkommen zu können. Die Fabriken von Lüneburg hätten 150 Luftflugzeuge gebaut, die Schuler-Werke 3, die Luftverkehr-W.G. 1 Wasserflugzeug neuester Konstruktion. Die deutsche Regierung habe es abgelehnt, den Plan für die Luftfahrzeuge der Alliierten zu übergeben, weil diese im Jahre 1919 als Zivilmaschinen ausgearbeitet worden seien.

Verteilung der Rheinstotte. Nach interalliiertem Schiedspruch muß Deutschland 13 1/2 Prozent der Gesamttonnage der Rheinstotte an Frankreich abtreten. Der Schiedspruch ist von dem mit der Verteilung der Binnenschiffe in den verschiedenen internationalen Gewässern betrauten amerikanischen Schiedsrichter Henrys gefällt worden. Es wird bestimmt: 1. Deutschland hat 254 150 Tonnen Rauminhalt und 237 084 Pferdestärken (Schlepper) abzugeben; 2. Deutschland hat die Einrichtung der Badischen All.-Ges. Rheinschiffahrt im Hafen von Rotterdam abzuliefern; 3. Frankreich erhält 11 Prozent der Aktien der Rheinschiffahrtsgesellschaft Brender aus Mannheim; 4. Schiffraum und Schiffekraft zu 3. werden auf die in 1. bestimmten Abtretungen angerechnet. Die deutsche Belastung bleibt hoch, aber hinter den französischen Anspruch erheblich zurück.

Französische Beschwerde wegen verweigerten Milchlieferung. Die französische Botschaft in Berlin hat im Auftrage der französischen Regierung beim Auswärtigen Amt darüber Beschwerde geführt, daß die städtischen Behörden die Zuteilung von Milch, wie sie an die deutschen Einwohner erfolgt, an die dortige französische Zivilbevölkerung abgelehnt habe, weil die französische Zivilbevölkerung bei den Milchzuteilungen der Besatzungsbehörden berücksichtigt werden. Dies ist unrichtig und die Weigerung der städtischen Behörden bedeute eine Verletzung des Artikels 277 des Vertrags von Versailles.

Zur Erhebung des Reichsnotopfers schreibt und das Reichsfinanzministerium: Unter den Aufgaben, die im Jahre 1921 an die Steuerverwaltung herangetragen, steht in vorröckster Linie die Erhebung des Reichsnot-

opfers. Reichstag, Reichsrat und Reichsregierung haben in mühevoller und auf das äußerste beschleunigten Verhandlungen unter Zurückstellung weitergehender Wünsche die Grundzüge vereinbart, die in der Novelle vom 22. Dezember 1920 Gesetz geworden sind. Damit ist die Bahn frei geworden zur schnellen Durchführung des Notopfergesetzes, die ihrerseits die notwendige Voraussetzung für die rechtzeitige Veranlagung der Einkommensteuer bildet. Ein abgeklärtes Verfahren ermöglicht äußerste Beschleunigung mit dem Vorbehalte, daß jede Veranlagung demnachst sorgfältig nachgeprüft und nötigenfalls berichtigt wird. Die Anforderungen, die diese Sachlage an die Steuerbehörden stellt, sind ungewöhnliche, und es bedarf zugleich der Pflichttreue und der Sachkunde der Beamten, um ihnen gerecht zu werden. Der Reichsfinanzminister vertraut, daß alle Dienststellen von diesem Bewußtsein durchdrungen sind und daß alle Kräfte daran gesetzt werden, um die vorläufige Veranlagung des Reichsnotopfers in kürzester Frist durchzuführen. Dabei darf vorausgesetzt werden volles Verständnis für den Grundgedanken des Gesetzes, daß die Abgabe ohne Ansehen der Person als Opfer in der höchsten Not des Reiches zu erheben ist, daß aber unnötige Härten vermieden und Lebensbedürfnisse der Volkswirtschaft gesichert werden müssen.

Keine Amnestie für Oberleutnant Vogel. Die Meldung der unabhängigen „Freiheit“, daß der unter dem Verdacht der Mittäterschaft bei der Ermordung Diebstahls stehende Oberleutnant Vogel amnestiert worden sei und sich bereits wieder in Deutschland aufhalte, scheint sich nicht zu bewahrheiten. Wie die „Bsp. Btg.“ erfährt, ist die Auffassung, daß die Amnestie bereits rechtsgültig sei, irrig. Der Staatsanwalt hat gegen den Beschluß der Strafkammer Protest eingelegt. Die Entscheidung liegt jetzt bei dem Landgericht, das demnachst Beschluß fassen wird. Wie das Blatt erzählt, ist kaum daran zu zweifeln, daß das Landgericht der Auffassung der Strafkammer nicht beitreten und die Amnestierung Vogels ablehnen wird. Vogel selbst befindet sich nach wie vor in Holland und denkt nicht daran, jemals wieder nach Deutschland zurückzukehren.

Die Gewerkschaften und die bayerische Frage. Wie das „Berl. Tagebl.“ hört, haben kürzlich wiederum Besprechungen zwischen den Führern der Gewerkschaften und der Reichsregierung stattgefunden, die sich mit der Frage der Entwaffnung der bayerischen Einwohnereinheiten befaßten. Der Reichsregierung ist es hierbei gelungen, die Gewerkschaften von der Notwendigkeit der von ihr getroffenen Schritte zu überzeugen.

Bürgerlicher Wahlsieg in Hanau. Bei den Stadtverordnetenwahlen wurden abgegeben: für die Handwerkerliste 1908, für die bürgerliche Gemeinschaft (Demokraten, Deutschnationalen, Deutsche Volkspartei und Zentrum) 8857, für die Sozialdemokraten 4229 und für die Kommunisten 5886 Stimmen. Gewählt sind 4 Handwerker, 19 bürgerliche Gemeinschaft, 8 Sozialdemokraten und 11 Kommunisten. Die bürgerlichen Parteien haben damit endlich wieder die Mehrheit erhalten.

Arbeitslosenmühen im mecklenburgischen Landtag. Ähnlich wie im sächsischen Landtag und im Berliner Stadtparlament kam es am Montag im mecklenburgischen Landtag in Schwerin zu wüsten Erwerbslosenmühen. Zu Beginn der Sitzung brachten die vier Kommunisten einen Dringlichkeitsantrag ein, der forderte, daß den Arbeitslosen sofort eine Beihilfe gezahlt werde. Die bürgerlichen Parteien wie auch die Sozialdemokraten lehnten es ab, den Antrag sofort zu beraten. Während des weiteren Verlaufs der Sitzung fand sich auf den ohnehin schon stark besetzten Tribünen ein großer Trupp Arbeitsloser ein, die sich in den wüstenst Beschimpfungen und Bedrohungen gegen die Mehrheitssozialisten ergingen. Einer der Demonstranten versuchte es, einen Stuhl in den Saal zu werfen. Der Präsident mußte die Sitzung unterbrechen, da die Arbeitslosen es ablehnten, die Tribüne freiwillig zu räumen. Darauf traf ein größeres Kommando Ordnungspolizei ein, das die Tribüne mit Gewalt räumte.

Rundschau im Auslande.

Dem „Tempo“ zufolge steht die Verlobung des Königs Boris von Bulgarien mit der zweiten Tochter des rumänischen Königs unmittelbar bevor.

Statten: Abzug der Legionäre d'Annunzio aus Fiume.

Am Montag haben 270 Legionäre, darunter 30 Offiziere, Fiume verlassen. Insgesamt haben bis jetzt 2000 Legionäre die Stadt verlassen. Eine gewisse Anzahl von Legionären, die keine militärischen Verpflichtungen haben, haben um die Erlaubnis nachgesucht, in Fiume verbleiben zu dürfen. Man bestätigt, daß d'Annunzio nach dem Abzug der Legionäre die Stadt verlassen wird.

Türkei: Meuterei unter den Wrangeltruppen.

Nach einer Meldung aus London ist unter den russischen Truppen des Generals Wrangel, des bekannten Führers der sibirischen, antibolschewistischen Bewegung, nach ihrer Ankunft auf Gallipoli eine allgemeine Meuterei ausgebrochen. Englische, französische und russische Offiziere wurden durch die Meuternden ermordet. Die desorganisierte und demoralisierte Armee plündert das Land und maršchiert auf Konstantinopel.

41 Fragen für Brüssel.

Der Berliner Korrespondent der „Daily News“ meldet seinem Blatte die wichtigsten von den 41 Punkten, die in dem der deutschen Regierung in Brüssel vorgelegten Fragebogen enthalten sind. Diese beziehen sich u. a. auf die Papiergeldpolitik der deutschen Regierung, die Besteuerung hervorragender Privatvermögen, die Ein- und Ausfuhr, Einfuhrzölle, Steuern, ferner Staatseinnahmen und -ausgaben, die Verwendung der auf Grund des Kohlenabkommens bezahlten Gelder, die Zahl der Staatsangestellten, die Kosten des Belagungsbedarfes, deutsche Weiber im Auslande, die Arbeitslosenfrage und ihre Ursachen, die finanzielle Lage der Eisenbahnen und die Kohlnutzung in Deutschland.

Bei einem Brande in einer Schokoladenfabrik in Mainz ein A. N. sind ein Mann, eine Frau und ein neun Monate altes Kind erstickt und verbrannt.

Gerichtssaal.

Ein auffälliger Lebensmitteldiebstahl fand am Sonntagabend seine Sühne vor dem Landgericht in Hamburg. Der Student Bob aus Bukarest, der Kaufmann Siegfried Ritter aus Wien, der frühere Theaterdirektor Hanno Hannoschel, der Kaufmann Heinrich Diebmann aus Wien und der Kaufmann Otto Legtmeyer waren beschuldigt, durch betrügerische Handlungen die Einkaufszentrale in Berlin und andere Behörden und Personen um mehr als 800 000 Mark geschädigt zu haben, während der Versuch, die Stadt Dresden um mehr als 6 Millionen Mark zu schädigen, mißglückt. Es handelte sich um den Verkauf von mehreren 100 000 Büchsen Bierdeselkonserven, die als Rindfleisch signiert worden waren. Das Gericht verurteilte Bob zu 18 Monaten Gefängnis und 50 000 Mark Geldstrafe, Ritter zu zwei Jahren Gefängnis und 50 000 Mark Geldstrafe, Hannoschel zu 8 Monaten Gefängnis und 3000 Mark Geldstrafe und Legtmeyer zu 1000 Mark Geldstrafe.

Verurteilung von räuberischen Eisenbahndienstleuten. Die Strafkammer in Frankfurt a. M. verurteilte sechs Eisenbahndienstleute, die eine Zeit lang planmäßig die Güterzüge nach Worms beraubt hatten, zu sechs Monaten bis zu 1 1/2 Jahren Gefängnis.

Verurteilung von „Kriegsverbrechern“. Der zweite Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig hatte die drei ersten Fälle von „Kriegsverbrechen“ abzuurteilen, wobei es sich jedoch nicht um auf der Auslieferungsliste stehende Personen handelte. Es wurden der Zimmermann Dietrich Voßmann aus Emden, der Schlosser Paul Riegel aus Berlin und der Schiffer Paul Sangerhausen aus Marienwerder bei Potsdam wegen Plünderung, die ersten beiden zu fünf bzw. vier Jahren Zuchthaus, der letztere zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

Aus Stadt und Land.

Waghende Unsicherheit auf dem Lande. In der Ortschaft Schladen bei Braunshweig drangen drei bewaffnete Männer in das Haus des Zimmermeisters Pfannschmidt ein und zwangen mit vorgehaltenen Revolvern die im Erdgeschloß anwesende Frau Pf., den Geldschrank zu öffnen. Drei Angehörige des Haushaltes wurden von den Räubern in den Keller gesperrt, dort bewacht und unter Drohungen gezwungen, sich ruhig zu verhalten. Inzwischen wurde oben der Geldschrank ausgeraubt. Den Räubern fielen 40 000 Mark sowie Schmuckgegenstände in die Hände. Der Ueberfall ging so ruhig von statten, daß der im ersten Stock sich befindliche Zimmermeister erst davon erfuhr, als ihn seine Angehörigen nach dem Abzug der Räuber, die unerkannt entkommen sind, Mitteilung machten.

Geheimer Waffenhandel in Thüringen. Wie dem „Berl. Lokalanzeiger“ berichtet wird, verhaftete die Erfurter Kriminalpolizei auf Veranlassung des Reichsschatzministeriums die Kaufleute Reil aus Erfurt, Wolf aus Eimenthal, Gölter und Rehr aus Schmalkalden sowie die Waffensabrikanten Köhler aus Schmalkalden, Heinrich aus Jella und König aus Erfurt wegen umfangreicher Waffenhandlungen. Gleichzeitig wurde ein großes geheimes Lager von Gewehrteilen und Munition beschlagnahmt. Durch diese Verhaftungen ist die Schieberzentrale ausgehoben worden, in welcher die Fäden des gesamten geheimen Waffenhandels in Thüringen zusammenliefen. Die Schließungen griffen auch auf andere Städte über, wo Verhaftungen bevorstehen. Sämtliche beschlagnahmten Waffenteile wurden sofort vernichtet.

Kommunistische Demonstration in Berlin. Am Sonntag vormittag fand in Berlin im Lustgarten eine Kundgebung der kommunistischen Partei Berlins gegen die Sicherheitsmaßnahmen der Reichsregierung und die Orgele statt. Die Erschießung des Kommunisten Hoffmann in Hensburg hatte als Anlaß gedient. Mehrere kommunistische Führer sprachen zur versammelten Menge und riefen zur Selbstbewaffnung des Proletariates auf. Der graue Regentag ließ die Gemüer nicht recht warm werden; die Menge zog nach Schluß der Versammlung unter Abfingen der Internationale in geordneten Zügen ab. — Einen ähnlichen Verlauf nahm auch die Protestversammlung der Hamburger Kommunisten. Zu Zwischenfällen ist es nirgends gekommen.

Schwere Munitionsexplosion bei Mars la Tour. Aus Neß wird gemeldet: Im Walde von Muzeray zwischen Mars-la-Tour und Conflans ereignete sich eine furchtbare Explosion von Munitionsbeständen. Fünf Feuerwerker, die mit Aufschäumungsarbeiten beschäftigt waren, fanden dabei den Tod. Eine Soldatengruppe von 25 Mann, die 60 Meter von der Unfallstelle entfernt war, kam mit dem Leben davon.

Die Erdbebenkatastrophe in Albanien. Die durch das jüngst gemeldete Erdbeben angerichteten Zerstörungen sind bedeutend größer, als zuerst angenommen werden konnte. Die ganze Gegend von Tepeleni bis nach Elbasan ist dem Erdboden fast vollkommen gleichgemacht worden. Bei Tepeleni hat es im Gebirge große Einstürze gegeben. Die Gesamtzahl der Betroffenen beträgt 600, die der Getöteten 80. 15 Dörfer sind vollkommen verschwunden, und die Zahl der Obdachlosen beträgt über 30 000 Personen.

Verdigung der Flensburger Opfer. Die Verdigung der Opfer ist ruhig verlaufen. Bei 10 Opfern folgten nur die Angehörigen, während in einem anderen Falle eine Gewerkschaft in Stärke von 1500 Mann mit Musik teilnahm. Außer dem Geistlichen sprach ein Mehrheitssozialist und ein Vertreter der U. S. P. In den letzten Tagen fanden in sämtlichen Straßen und Häusern Hausdurchsuchungen nach Waffen und Munition statt.

Die Reichshauptstadt als Fischereiunternehmer. Der Magistrat Berlin hat sich in einer Sitzung mit dem Anlaß von acht Fischdampfern für eine Fischereigesellschaft in Gestemünde beschäftigt. Er hat den Erwerb der Fischdampfer durch die Gesellschaft, an der die Stadt Berlin beteiligt ist, grundsätzlich genehmigt. Es handelt sich dabei um Fischdampfer, die einen Wert von etwa 30 Millionen Mark repräsentieren und für die Hochseefischerei gebaut sind.

Dreitausend Zentner Bricketts beschlagnahmt. Die Gruppe Pöhlersdorf des Reichswasserverschuldes beschlagnahmte unter Hinzulegung der Spandauer Kohlenstelle am 7. Januar 3000 Zentner Bricketts. Es handelt sich um Kohlen, die vor einiger Zeit mit einem havarierten Kahn gesunken sind. Die Beschlagnahme erfolgte, weil die Kohlen, die für die Allgemeinheit bestimmt waren, an einzelne Wäschereien usw.

unter Umgehung der Rationierungsvorschriften widerrechtlich abgegeben werden sollten.

Ein Zeichen der Zeit. Aus Heidelberg wird der „Frankfurter Zeitung“ berichtet: Auf dem Königstuhl in der Nähe des Kohlhofes wurde die Leiche eines Mannes aufgefunden, der sich vergiftet hatte und allem Anschein nach aus Frankfurt stammt. Bei dem Toten wurde ein Karton mit dem Namen Weiß gefunden; ferner Bücher, auf denen der Name „Duerfenbergen“ oder „Duerf v. Bergen“ zu lesen ist. Der Tote ist anscheinend Akademiker. Er trug eine goldene Brille mit scharfen Gläsern. Seine Kleidung machte einen völlig verarmten Eindruck. Er hatte kein Geld mehr auf dem Beibe.

Mord an einer Greisin. Die Hochmünster Kriminalpolizei verhaftete den Gemächler Martin Gremer und den Handelsmann Jakob Schloßmacher auf Krefeld. Die Beschuldigten haben am Silvesterabend die 81jährige Witwe Kirches bei einem Raubüberfall in ihrer Wohnung erschossen und ihren Sohn durch zwei Revolvergeschosse schwer verletzt.

62 Schafe erstickt. In dem elbischen Dorfe Weiskirchen ließ ein Herr nachts seine Schafe mit dem Hund zusammen in einem Stall. Der Hund riß sich los und drängte die ganze Herde in eine Ecke; dabei erstickten 62 Schafe.

Reichsgräfin Gisela.

Mutter von E. Reichert.
(34 Fortsetzung.)

Vielleicht drängte sich auch dem Mann, der mittels einer einzigen Bewegung die Herrschaft über Kopf und Weiterin erlangt hatte, dieser Bergleich auf — ein schmerzlicher Zug bedte um seine Lippen.

„War ich zu ungestüm?“ fragte er sanfter, zog aber den Jügel noch mehr gegen sich, so daß die Pferde Seite an Seite hielten. Seltsam — Miß Sara, die leicht ungebärdig unter fremder Hand wurde, mußte ihren Herrn und Meister erkennen; sie stand mit zitternden Beinen, sonst aber wie eine Mauer, und senkte langsam den Kopf.

Gisela antwortete nicht; sie sah auch nicht auf Oliveira braunes Gesicht war ihr so nahe, daß sie meinte, seinen Atem über ihre Stirne hinweg zu fassen.

„Sie haben mir bereits gesagt, daß Sie mich fürchten“, hob er wieder an. „Ich will diese Empfindung die Sie vor mir, Ihrem Widersacher, instinktmäßig warnt, durchaus nicht bekämpfen — ich darf nicht einmal, ja, so oft ich in Ihr schuldloses Gesicht sehe, möchte ich Ihnen sagen: „Achten Sie mich, so weit Sie können!“ ... Wir sind eben zwei jener Gottesgeschöpfe, denen von Uranfang an auf die Stirne geschrieben ward: „Ihr sollt Euch bekämpfen mit allen Waffen.“

Er hielt inne. Gisela hatte die Augen groß und erschreckt zu ihm aufgeschlagen. Sein Mund, den die Lippen schneidender Ironie, aber auch die eines verhaltenen Schmerzes umzuckten, sprach das Wort ewiger Feindseligkeit ungeheuer aus, und doch, wie leuchtete seine gefährdeten Augen aus, als sie die ihren in einem Blick berührten.

Sie konnte diesen Blick nicht ertragen. Er zog alles, was sie gewaltsam in sich niederzwingen wollte unüberdrehlich ans Tageslicht. Ihr war es sicher nicht auf die Stirne geschrieben worden, gegen ihn zu kämpfen; sie liebte ihn bis in alle Ewigkeit — das wußte sie. Alles, was ihr Herz in der liebevolleren Einsamkeit an reiner Blut, an zärtlicher Innigkeit in sich aufgespeichert hatte, gab sie ihm hin, und er stieß sie zurück — das sollte er nun und nimmer wissen. Mit namenloser Angst entriß sie ihm den Jügel. Ihr Oberkörper bog sich mit einer fast krampfhaften Bewegung nach der entgegengesetzten Seite, während ihre Augen schen den Abgrund suchten.

Bei dieser Gebärde erblaßte Oliveira. „Gräfin, Sie mißverstehen mich —“ sagte er mit bebender Stimme, aber er brach gleich ab, und jetzt glitt ein schönes, sarkastisches Lächeln über sein Antlitz hin.

„Sehe ich aus wie ein Wegelagerer?“ fragte er. „Wie einer, der ein wehrloses Geschöpf — sei es wer immer — dort hinabstoßen könnte?“

Er deutete nach dem Steinbruch. Daran hatte ihre Seele nicht gedacht. Wie war ein solches Mißverständnis möglich, und wie sollte es es anfangen, ihre heftige Bewegung anders zu motivieren?

Er ließ ihr keine Zeit. „Wir müssen weiter“, sagte er, während sein Blick am Horizont hing. Die Rauchwolken verdrängten sich augenblicklich, zwei dunkle Säulen fuhren gen Himmel, das Feuer gewann sichtbar an Ausdehnung.

Oliveira sah wieder auf die junge Dame nieder — seine Züge hatten jenen entschiedenen Ernst angenommen, der ihr so mächtig imponierte.

„Ich bin eine feige Natur, Gräfin“, sagte er weiter. „Ich kann es nicht sehen, wenn ein Pferd auf schmalen Wege an einem Abgrund hinschreitet. ... Hinüber muß ich mit! Aber ich bitte Sie, zuvor das Pferd zu weglassen.“

„Oh, Sara geht sicher! Sie scheut nicht!“ versichern Gisela mit einem leichten Anflug ihres kindlichen Schmils. „Ich habe ja vorhin erst die Stelle passiert — sie ist ganz und gar ungeschädigt.“

„Ich bitte Sie!“ wiederholte er statt aller Antwort. „Sie glitt, gehorham wie ein Kind, von Miß Saras Rücken. In demselben Augenblick sprang auch er auf den Boden, und während sie, ohne sich umzusehen, nach dem Fußweg hinschritt, band er die Tiere fest.“

Gisela schrak zusammen — er stand an ihrer Seite als sie den schmalen Weg betrat. Ihr zur Rechten lag die Felswand in jäher Steilheit empor, und links schied er dicht an der Tiefe hin.

Nicht ein Wort fiel zwischen den Dahinwandernden Oliveira's Gesicht sah aus wie Erz — kein Blick fiel auf das Mädchen; er hob auch die Rechte nicht, die demungslos niederhängend das weiße Kleid freilegte, aber er schritt beharrlich als Schutz und Wehr neben ihr, und sie sah, wie ihm das Blut in die braunen Wangen schoß, wenn ihr Fuß an einem Stein abglitt und ihre Gestalt erschütterte machte.

So kamen sie an die Stelle, wo sich der Weg auf dem sie sich bereiteten. Gifela Wölfe ihre Fußspuren; um sie nicht zu verlieren, hielt Othetra die Hand an die Seite fest, auf der er bisher geschritten war. Die junge Dame sah, wie sich die weichen Hüften, die den Wegrand des Waldes, unter seinen Fuß in die Tiefe hinunterbogen; sie hörte, wie die Steine und Erdbroden sich ablösten und polternd hinabstürzten — das scheue Mädchen, das ängstlich vor jeder Berührung zurückwich, ergriff plötzlich mit beiden Händen den Arm des Mannes.

„Ich habe Angst um Sie!“ rief sie mit schreiendem Blick — es waren Laute der tiefsten Furcht, in denen diese liebliche, aber leisch-kalte Stimme urplötzlich brach.

Er stand wie festgewurzelt, ja, wie versteinert unter der Wirkung dieser Worte. . . Vielleicht tief jener grellrote Streifen wieder über die geheimnistoll gezeichnete Stirne, von dem man meinen konnte, er verstände den ganzen stutenden Lebensstrom in sich und mache momentan Herz- und Pulsschlag ersticken. . . Bis da hinauf wagte sich Gifelas Blick nicht — ja hoch aufgebaut auch ihre geschmeidige Gestalt erschien, der blonde Scheitel reichte doch nicht viel über die Brust des gewaltigen Mannes, und jetzt sah sie in nächster Nähe, wie diese breite Brust mühsam nach Atem rang. Welcher Art der Kampf war, der sie hob und senkte — Gifela wusste es nicht, es blieb ihr auch keine Zeit, darüber zu denken. . . Othetra ergriff mit der linken sanft ihre Hände, löste sie von jenem Arm und ließ sie langsam niedergleiten; die hässliche Hand stützte heftig, aber sie übte nicht den geringsten Druck.

(Fortsetzung folgt).

Seite Nachrichten.

Amerika für die Rückgabe der deutschen Kabel.
Paris, 11. Jan. Der Präsident der amerikanischen Post-, Telegraphen- und Kabel-Kompagnie, Clarence S. Mac Rey, berichtete gestern vor einem Senatskomitee, daß die deutschen Kabel, die von Frankreich und England während des Krieges beschlagnahmt wurden, nun von den beiden Mächten weiter im Besitz gehalten würden und ungesetzlichweise England und Frankreich zugesprochen seien, ihrem ursprünglichen Eigentümer zurückgegeben werden sollten. In seinem Bericht erklärt Rey, daß der Handelsverkehr zwischen Amerika und Deutschland vor dem Ausbruch des Krieges abgewickelt wurde. Es liege im amerikanischen Geschäftsinteresse, daß der alte Zustand wiederhergestellt werde.

Französischer Schadenersatz für Mord.
Münz. Die „Münzger Volkszeitung“ meldet: Die Regierung hat das Angebot der französischen Regierung, dem Eltern des getöteten einer Langbeulung in Jugenheim gebieten Mädchens aus Frankfurt a. M. 25 000 Franken Schadenersatz zu zahlen, als ungenügenden Schadenersatz abgelehnt.

Verbot der Feiern des 18. Januar im Rheinlande.
Die interalliierte Rheinland-Kommission hat angeordnet, alle patriotischen und Gedenkfeste des 18. Januar im besetzten Gebiet zu verbieten.

Eine neue Kaserne für die schwarzen Truppen.
Bingen, 11. Jan. Die französische Besatzungsbehörde forderte von der Stadt Bingen, für die Unterbringung von 250 Mann schwarzer Besatzungstruppen Sorge zu tragen. Sie hat zur Entschädigung über diesen Punkt eine Frist von 3 Wochen gegeben. Die Stadtverordnetenversammlung hat daraufhin den Bau einer Kaserne gegenüber dem Niederwalddenkmal beschlossen.

Schöffenges.
Ramenz. Bei den Stadtverordnetenwahlen erhielten die Mehrheitssozialisten und die Unabhängigen je 4 Sitze, die Selbstbestimmten 2, die Demokraten 2 die Kommunisten 1 und die Wirtschaftliche Vereinigung 2 Sitze. Das Verhältnis zwischen den bürgerlichen und den sozialdemokratischen Parteien bleibt das alte. Von 6562 Wahlberechtigten wählten 4382.

— Eine Höchstleistung im Nietensteigern hat sich hier ein Hauswirt geleistet, der den Friedenmietzins von 200 M., der noch im Jahre 1915 bezahlt worden ist, jetzt auf 700 M. hat, also um 250 Prozent, steigerte, ohne daß besondere Aufwendungen im Grundstück diese Steigerung rechtfertigten.

Burgstädt. Das Gasthaus zur Sonne wurde von der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt, der Reichsbank vom Fabrikanten Range für industrielle Zwecke künstlich erworben.

Zwickau. Der Zwickauer Steinkohlenbauverein kann in diesem Jahre das 80jährige Bestehen feiern. In der Nacht vom 28. zum 29. Januar 1841 wurde in dem 1839 mit Abteufen begonnenen Vereinsgrube bei einer Tiefe von 160 Meter das erste Steinkohlenflöz in Zwickauer Flur angefahren und am 14. März 1841 der erste Karren verarbeitete Kohle gefördert. Der Aurovachschacht genannten Werke wurde 1842 und der Glöckner-Schacht 1861, also vor 60 Jahren, abgeteuert. An der Grubenburg des Aktien-Unternehmens beteiligte sich die Stadt Zwickau mit 250 Aktien. Im vorigen Jahre hat sie den größten Teil der übrigen Aktien erworben.

Saubere Wäschearten liefert Carl Schue.

Wäschezüge
mit schwarzem Band verloren. Gegen Belohnung abzugeben Wittemberger Straße 141, part.

Ein Mädchen oder eine Frau als Aufwartung
für einige Stunden am Vormittag, ebenso eine zuverlässige **Waschfrau!**
gel. Frau Therese Reimer.

3000-4000 M.
von Geschäftsmann aus Privat gegen Sicherheit, hohe Zinsen und Vergütung auf 1/2 Jahr zu leihen gesucht. Offerten unter „N. G.“ an die Geschäftsstelle.

Trauersteilen
bedruckt schnell die Buchdruckerei Carl Schue in Dippoldiswalde

Jugendring!

Kausch-Übung: Donnerstag 10 Uhr „Stadt Dresden“.

Lernverein
Reinholdshain u. U.

Sonabend den 15. Januar abends 8 Uhr

Hauptversammlung.

Jahresbericht. Kassabericht. Wahlen.

Am jährliche Beteiligung bitten der Turnrat.

Schleifchen
Weiß-Strücker

zum Waschen und Dängen empfiehlt

A. Liebel Nachf.

Paul Dersch,
Dippoldiswalde, am Bahnhof.

Erstklassige Obstbäume aller Art,

Beerenobst, Rosen, Gehölz und Stauden.

Preis- und Sortenverzeichnis kostenlos.

Einige Artikel über meine Baum- und Gartenarbeiten:

Ihre Sendung ist zu meiner größten Zufriedenheit angekommen. Senden Sie mir noch 100 Goldkämme Kiesel usw.

Belten, 15. 10. 20. M. 203 F. H.

Die Sendung Bäume (500 Hochstämme Kesseln) zur Straßenpflanzung ist sehr gut angekommen und bin sehr zufrieden. Bitte senden Sie mir weitere 100 Stück usw.

Schreibendorf (Kreis Ludau), 18. 10. 20. geg. Antons O. R.

Befähigte Herrin den Empfang der Baumkämme. Mit Freuden habe ich sowie meine Gartenarbeiten den regelrechten und sachgemäßen Schnitt wahrgenommen und haben sich die Interessenten Ihre gute Adresse notiert. Ich wünsche Ihnen auf Grund Ihrer guten Ware einen großen Kundenkreis.

Berlin N. 65, 11. 11. 20. geg. Ing. W. St.

Habe mich sehr gefreut über Ihre Sendung und danke Ihnen vielmals für prompte Lieferung. Habe den stärksten Aufbaum in ganz Hellaerau.

Dresden, den 7. 11. 20. geg. G. J.

Ausführung von modernen Gartenanlagen, Kriegsgedenksäulen, Straßenpflanzungen und Obstanlagen. Pflege fertiger Gärten. Ausführung des Blumenschneitens. Umherbildung von Obstbäumen. Schädlingsbekämpfung. Prima Zeugnisse über Leistungen auf diesen Gebieten stehen zur Verfügung.

Kurt Schurig, Baumschule und Landwirtsch. Gartenbau bei Dippoldiswalde. Fernruf Nr. 194.



Grüne Heringe (zum Baden), ff. Büdlinge, Sprottbüdlinge, prima Sprotten, Rauchheringe, geräuch. Lachsheringe

empfehlen
Schleifers Fischhandlung Dippoldiswalde. Tel. 168.

Zement
Zementkalk
Mauerziegel
Drainierrohre
sowie sämtl. Baumaterialien

empfehlen

A. Liebel Nachf. Paul Dersch,

Dippoldiswalde, am Bahnhof.

Gebrauchte, guterhaltene **Gummischuhtiefel, Gummipekretinen und Lederwesten**

billig zu verkaufen.

P. Schumann, Rabenau, Hauptstr. 53.

Hausmädchen
das in der Landwirtschaft wegen Kleinverhaltung etwas Erfahrung haben muß, für bald in H. Haus halt mit 3 erw. Pers. bei gutem Lohn und Behandlung gesucht. Hausstein, Dresden, Bayreuther Straße 32.

Möbliertes Zimmer
mit Schlafstube für einen Herrn zum Mitbewohnen und Pension. Näh. in der Geschäftsstelle.

Für 1. Februar ac. suche ich für mein Geschäft mit Nebenarbeiten ein junges **Mädchen,** solb und ehrlch.

Gm. Max Zimmermann,
Samen- u. Pflanzenhandl., Niederstraße 1. G.

Reste
für Langkleider, Konfirmationkleider, Röcke und Blusen

in Schleierstoffen und Wollstoffen besonders preiswert empfiehlt

A. Liebel, Bahnhofstraße 19f.

Ein Deckbod
ist zu verkaufen.
Niedertraudendorf Nr. 20.

ff. Marmelade
Wfd. 450 M.

ff. Sirup
Kernseife

Doppelfuß 6 M.,
solange Vorrat, empfiehlt

Bruno Hamann, Altenberg, Str.

Discretesches Bullenkalb,
ebelter Abstammung, verkauft;
Erzherzog Reinholdshain.

Wer kauft kleinere Wohnung in Dippoldiswalde? Angebote unter „N.“ an die Geschäftsstelle.

Schirme
werden in eigener Werkstatt sachgemäß repariert und neu bespannt. Auswahl in Stoffen, Gläsern und Stoffen.
Carl Reichel
Schirmspezialgeschäft,
am Markt 21.

Günstige Einkaufspreise ermöglichen mir für die

Konfirmation

jetzt die größte Auswahl zu bieten in:

Kleiderstoffen, schwarz, weiß und alle Modifarben von M. 38.— bis M. 89.—

Lindner Samte und Cords

in vielen Farben für Kleider und Kostüme,

Seiden, Chinakrepps, Eolienne

reichhaltige Farbensortimente.

Modehaus Carl Marschner.

Schützenhaus Dippoldiswalde.

Sonntag den 16. Januar 1921 abends 8 Uhr

Hanns Pauli,

Phänomenaler Verwandlungskunstler. Ehemaliges Mitglied des Central-Theaters zu Dresden.

Sonabend, den 15. Januar abends 8 Uhr findet im

Gasthof Hausdorf eine

Weihnachtsaufführung

der Schule Hausdorf statt.

Einkitt 3 M., Kinder 2 M. Vorverkauf im Gasthofe.

Am zahlreichen Besuch bittet der Schulvorstand.

Sonntag den 16. Januar abends 7 Uhr

Wiederholung der Aufführung,

anschließend Ball.

Der Reinertrag ist fürs Hausdorfer Kriegerdenkmal bestimmt.

Telegramm!

Morgen Donnerstag den 13. Januar

kaufe im Gasthof „Goldn. Stern“

in Dippoldiswalde

folgende Metalle auf:

Zinneller, Zinnleuchter, Zinnwärmflaschen,

Zinntrüge, Botale sowie alle alten Gegenstände

aus Zinn. Bierleitungsrohre aus Zinn zu be-

sonders hohen Preisen. Kupfer, Messing, Blei,

Stantol zu den allerhöchsten Tagespreisen.

Einkauf von früh 10 Uhr bis nachmittags 6 Uhr.

achtungsvoll

[Otto Golde, Waldheim,

Ständige Adresse: Metall-Golde, Waldheim.

Metalldreher = Lehrlinge
und Schlosser = Lehrlinge

unter günstigen Bedingungen für Ostern d. J. gesucht

Armaturenwerke Blante & Kast,

Dippoldiswalde.

700 Ztr. schwefelsauren Ammonial,
Anfang Februar eintreffend, hat abzugeben

Bruno Henler, Hödendorf.

Nach einem arbeitsreichen Leben verschied heute Dienstag früh sanft und ruhig unsere liebe, herzengute Mutter, Schwieger- und Großmutter

Frau Emilie verw. Heeger
geb. Hartmann.

In tiefem Weh:

Familie G. Welde, Borlas,

Familie M. Heeger, Dippoldiswalde,

Familie H. König, Altenberg.

Die Beerdigung findet nächsten Freitag nachmittag 1/8 Uhr vom Trauerhause aus statt.